

## **Sperrfrist:**

Samstag, 29.03.2003 11.00 Uhr

**Sperrfrist: Samstag, 29. 03. 2003, 11.00 Uhr**

### **Verleihung Franz Josef Strauß-Preis 2003 an Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Helmut Schmidt**, Bundeskanzler a.D.

Laudatio auf Roman Herzog

Vor 14 Tagen ist mir in Berlin der Dolf Sternberger-Preis verliehen worden. Die Laudatio auf den Sozialdemokraten hielt Kurt Biedenkopf, ein herausragender CDU-Politiker. Heute wird in München der nach dem CSU-Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß benannte Preis an Roman Herzog verliehen, einen Parteifreund aus der Schwesterpartei CDU. Als Laudator hat die Hanns-Seidel-Stiftung einen bekennenden Sozialdemokraten eingeladen. Diese kurze Sequenz zeigt, daß über Parteigrenzen hinweg Respekt besteht und sogar vielerlei freundschaftliche Beziehungen. Gute Beziehungen, die nicht durch die hitzigsten politischen Debatten im Bundestag oder in der Öffentlichkeit verschüttet worden sind – auch wenn einige primitive Politiker oder primitive Journalisten dies manchmal ganz anders darstellen.

Eine dieser über Parteigrenzen hinwegreichenden Beziehungen war der gute Kontakt zwischen Franz Josef Strauß und mir. Strauß und

ich haben uns schon in den 50er Jahren scharfe politische Auseinandersetzungen geliefert. Später haben wir sogar gegeneinander um die Kanzlerschaft gefochten. Aber zeit meines Lebens habe ich Strauß für einen hoch bedeutsamen Mann gehalten. Darüber hinaus konnte er als Mensch charmant und gewinnend sein. Wir haben Seite an Seite gestanden in der Abwehr des mörderischen RAF-Terrorismus. Und später, in den 80er Jahren, lagen Strauß' und meine außen- und deutschlandpolitischen Auffassungen nicht allzu weit auseinander.

Zur Illustration will ich aus einem Geburtstagsbrief zitieren, den Strauß einmal an mich gerichtet hat: „Wenn ich unser Miteinander, Nebeneinander und auch Gegeneinander in vielen gemeinsamen politischen Jahren bewerten sollte, so könnte ich mich wohl, was meine Fähigkeit zur Kritik an Ihnen angeht, zu Ihrem Mitschüler ehrenhalber ernennen.“ Wenn Strauß mich bisweilen zum persönlichen Meinungs Austausch besucht hat – weder die CSU noch die SPD hat das bemerken können –, so pflegte ich ihn mit den Worten zu begrüßen: „Na, Sie alter Gauner!“, und Strauß pflegte zu antworten: „Na, Sie alter Lump!“ Sicherlich sind wir keine persönlichen Freunde geworden, aber wir haben in der sachlichen Analyse außenpolitisch-strategischer Situationen und Möglichkeiten voneinander gelernt.

Nun bin ich heute allerdings nicht hier, weil ich mich dem Namensgeber des Preises verbunden fühle, sondern vielmehr, um Sie zu loben, lieber Roman Herzog, den ich, ebenso wie manch

andere Mitglieder von CDU und CSU, persönlich sehr zu schätzen gelernt habe.

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit ihrem Bestehen bis heute acht Bundespräsidenten erlebt. Ich habe sie alle persönlich gut gekannt. Ich kann mit Fug und Recht bezeugen, daß wir durchaus Glück mit unseren Präsidenten gehabt haben. Ob Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Carl Carstens, Richard von Weizsäcker, Roman Herzog oder jetzt Johannes Rau – sie alle waren und sind redliche Männer. Ob liberal, konservativ oder sozialdemokratisch, sie alle haben im Amt des Bundespräsidenten ihre frühere Parteizugehörigkeit vergessen gemacht. Sie waren im Bewußtsein der Nation präsent allein durch die Aussage ihrer Reden. Sie wurden zu Repräsentanten aller Deutschen. Sie waren allesamt lebensreife, politische Menschen – zwar von sehr unterschiedlicher persönlicher Prägung, aber alle haben ihr Amt zum Wohl unserer Gesellschaft und unserer Nation geführt. So auch Roman Herzog, ein würdiges Glied in einer würdigen Reihe.

Roman Herzog wurde 1934 in Landshut geboren und ist zeit seines Lebens seiner bayerischen Heimat verbunden geblieben – und ist doch gleichzeitig ein Kosmopolit geworden. Erst 1970 ist er als Rechtsgelehrter und als Professor für Staatslehre und Politik der CDU beigetreten, 1973 ging er in die Politik, zehn Jahre später an das Bundesverfassungsgericht, das er sieben Jahre als Präsident geleitet hat. Als er 1994 zum siebten Präsidenten unseres Landes gewählt wurde, hatte er als 60jähriger Jurist und als Politiker eine

beeindruckende Lebenslaufbahn hinter sich. Vor ihm aber lagen nunmehr fünf Jahre im höchsten Amt unseres Staates.

Roman Herzog konnte und kann sehr nüchtern sich selbst und andere einschätzen. Nationales Pathos und die Lust am Repräsentieren fehlen ihm. Er ist nie glamourös geworden, sondern stets bodenständig geblieben. Gleichzeitig ist er aber mutig in seinem Denken und unabhängig. Bodenständigkeit und Realismus hindern ihn nicht, in die Zukunft zu denken. Auch wenn eines seiner Bücher im Titel den Begriff „Vision“ führt, so versteht Roman Herzog darunter doch keineswegs Phantastereien für die Zukunft, sondern Strategien künftigen Handelns. Dieser Bundespräsident war kein Visionär im Sinne von Utopismus. Sondern er verkörperte die Synthese zwischen einem Idealisten und einem nüchternen Analytiker und einem zupackenden Pragmatiker. In Roman Herzogs Person verbinden sich praktische Vernunft und moralische Stringenz.

Dabei ist er ein beeindruckend gelassener Mensch. Aufgeregtheiten sind seine Sache nicht. 1996 hat er vor dem Deutschen Historikertag gesagt: „Wer einige tausend Jahre Menschheitsgeschichte halbwegs überblickt, der ist mehr als alle anderen vor jener wuschelköpfigen Aufgeregtheit sicher, von der sich mancher Zeitgenosse so leicht und immer wieder erfassen läßt.“ Recht hatte er! Wie sehr wünschenswert wäre es doch, wenn etwa in den heutigen Krisen über den Irak oder über die Zukunft Europas die gegenwärtigen Regierungschefs auf beiden Seiten des Atlantik etwas weniger

Aufgeregtheit, dafür aber etwas mehr Gelassenheit und abwägende Distanz aufbrächten!

Anders als einmal gegen Ende der 50er Jahre Konrad Adenauer hat sich Roman Herzog keine Illusionen über die Kompetenzen und die Reichweite des Amtes eines Bundespräsidenten gemacht. Nach den Eigenschaften befragt, die ein Bundespräsident haben sollte, hat er, ganz Realist, im Bewußtsein der Möglichkeiten des Amtes ganz schlicht geantwortet: „Erstens sollte er ehrlich sein. Zweitens sollte er imstande sein, so einfach und plakativ zu reden, daß die Bürger ihn verstehen.“ (Ende des Zitats) In der Tat: Die öffentliche Rede ist das bei weitem wichtigste Instrument eines Bundespräsidenten. Wie schon seine Amtvorgänger Heuss, Heinemann und Weizsäcker, so ist auch Roman Herzog deutlich erkennbar nicht nur der Rhetor, sondern vielmehr der Autor seiner Reden. Seine Reden sind klar, weil unkompliziert. Weil er zum Understatement und zur Selbstironie neigt, ist er nie in Gefahr, ein publikumswirksamer Selbstdarsteller zu werden.

Die wichtigste Rede Herzogs war die am 26. April 1997 im Berliner Adlon, ziemlich in der Mitte seiner Amtszeit. Wir standen noch anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl, die Zeit der Regierung Helmut Kohls war noch keineswegs abgelaufen. Der Bundespräsident nahm damals auf die Regierung der CDU/CSU kaum Rücksicht, auch nicht auf die sozialdemokratische Opposition, nicht auf die Unternehmerschaft, nicht auf die Verbände und Gewerkschaften, nicht auf die Medien oder auf die

Universitätsprofessoren. Vielmehr bot er zum einen eine grundlegende Analyse der tatsächlichen Erstarrung von Gesellschaft und Wirtschaft und geißelte seinerzeit die überhand nehmende negative deutsche Grundstimmung, die seither noch zugenommen hat. Zum anderen aber entwickelte er ein nahezu vollständiges Programm für die notwendige Erneuerung und legte Punkt für Punkt die notwendigen Schritte dar. Die reichlich oberflächlich kommentierende journalistische Kennzeichnung als sogenannte „Ruck-Rede“ hat dazu beigetragen, daß viele den Charakter und den Gehalt jener Rede verkannt haben. Tatsächlich ging sie inhaltlich deutlich weiter als sechs Jahre später, heute vor 14 Tagen, die Reform-Rede des heutigen Bundeskanzlers.

Tatsächlich hat der Bundespräsident 1997 allen deutschen Führungseliten nicht nur eine Standpauke gehalten, sondern ihnen auch die Wege gewiesen – zum Beispiel den Weg, um aus der damals offiziell 4,3 Millionen Menschen umfassenden Arbeitslosigkeit herauszuführen. Heute ist diese Massenarbeitslosigkeit immer noch genauso hoch! Schlimmer noch: Sie ist im Osten immer noch doppelt so hoch wie im Westen – und schon seit der Mitte der 90er Jahre verharret der ökonomische Aufholprozeß des Ostens im Stillstand.

Vielleicht hätte Herzog eine größere Wirkung erzielt, wenn er weniger verbindlich und statt dessen stärker provozierend gesprochen hätte. Denn wenn die Vorstände von Unternehmen und Banken ihre Pflichten gegenüber dem eigenen Volk nicht recht begreifen, weil sie global player sein wollen, weil sie gegenüber dem Publikum alle

möglichen Aktien über den grünen Klee loben und sie zu kaufen empfehlen, wenn sie nur noch von shareholder value faseln, wenn persönliche Raffgier, wenn Machtgier von Managern der Verbände und Gewerkschaften zu entscheidenden Motiven werden, wenn die politischen Eliten im Bundestag und ebenso im Bundesrat ihre Pflichten gegenüber dem eigenen Volk nicht begreifen, weil ihnen ihr parteitaktischer Opportunismus den Blick verstellt oder weil sie Angst davor haben, die Interessen von solchen Teilen unserer Gesellschaft zu verletzen, von denen sie sich abhängig wissen – wenn also die Führungseliten insgesamt die gebotene Urteilskraft und den notwendigen Mut nicht aufbringen, dann kann es in der Tat auf den Bundespräsidenten ankommen!

Bundespräsident Herzog hat 1997 recht gehabt! Und ich füge frank und frei hinzu: Es ist eine Schande, daß die politischen Eliten und die Managerklasse und die Verbände und Gewerkschaften seine Kritik nicht haben hören wollen. Man hat den Ernst der Situation nicht begreifen wollen, statt dessen haben sich viele der spekulativen Psychose einer sogenannten new economy hingegeben.

Roman Herzog hat aber auch heute noch recht! Ich will mit diesem Diktum weder die jüngste Regierungserklärung des Kanzlers Schröder noch die Berliner Koalition noch Frau Merkel, Herrn Stoiber und die Opposition kritisieren. Nach meinem Urteil sind sie alle nicht weit genug gegangen. Immerhin hat die Debatte bisher einige der kardinalen Detail-Aufgaben benannt und einige der fälligen Lösungen aufgezeigt. Beide Seiten sollten wissen: Nicht allein die heutige

Regierung und ihre Koalitionsparteien, nicht die heutige Opposition und ihre Parteien, sondern die ganze politische Klasse trägt die Verantwortung für die Fehler und Unterlassungen seit 1990, die zur heute beklagenswerten ökonomischen Lage geführt haben.

Die Politiker allesamt haben versäumt, dem Osten einschließlich Berlins einen ganz allgemeinen Vorteil bei den bundesgesetzlichen ökonomischen Rahmenbedingungen zu verschaffen – wofür es immer noch nicht zu spät ist. Die östlichen Länder brauchen einen bundesgesetzlich ermöglichten, weitreichenden Deregulierungs-Spielraum! Sie brauchen außerdem eine spürbare Mehrwertsteuer-Präferenz für ostdeutsche Wertschöpfung.

Die politische Klasse muß begreifen: Zwar haben wir es gegenwärtig auch mit einer konjunkturellen Rezession zu tun, aber die ist nur die Spitze des Eisbergs! Der Eisberg selbst ist die Verkrampfung der Struktur, das erstickende Geflecht von tausend gesetzlichen und obrigkeitlichen Vorschriften. Es ist übrigens nicht geboten, für jede einzelne der fälligen neuen Regeln und für jede einzelne der fälligen Deregulierungen nach Konsens zu zielen. Ich plädiere auch nicht für eine große Koalition. Wohl aber dürfen wir in dieser gefährlichen Lage verlangen, daß die Politiker sich zu enger Zusammenarbeit finden – so wie damals in der Abwehr des RAF-Terrorismus. Das Volk muß spüren können: Die Politiker kämpfen nicht noch einmal für ihren parteilichen Vorteil, sondern sie kämpfen für Arbeitsplätze und für das öffentliche Wohl. Wir wollen dies ebenso bei den Managern, den Verbänden und Gewerkschaften spüren können. Und

desgleichen in den Medien, die zum Teil sich in den letzten Monaten gegenseitig in ihrer Schwarzmalerei überboten haben – bis zu der zynischen, schwarz umrandeten Traueranzeige nebst Nachruf auf uns Deutsche auf einem Titelblatt.

Sie alle müssen wissen, daß die weltpolitischen Entwicklungen der nächsten Wochen – Stichwort Irak-Krieg – weltwirtschaftliche Verwerfungen herbeiführen können, die unsere ökonomische Lage noch zusätzlich erschweren werden. Sie alle müssen einräumen, daß zwar ganz allgemein der reale Lebensstandard der Deutschen heute höher ist als jemals in der Geschichte. Alle Bürger haben längst verstanden, daß aber ihr Lebensstandard einstweilen nicht weiter steigen kann, sondern daß vorerst Abstriche unausweichlich notwendig sind. Die Politiker finden Mehrheiten im Volke, wenn sie dafür sorgen, daß die Abstriche einigermaßen gerecht verteilt werden. Wer dagegen heute zusätzliche Wohltaten für einzelne Gruppen verlangt oder gar verspricht, den soll der Teufel holen.

Roman Herzog war als deutscher Bundespräsident bescheiden genug, seine Forderungen nicht zugleich an die ganze Europäische Union zu adressieren. Tatsächlich aber wäre solch ein Appell in viele europäische Richtungen zu wünschen. Schon längst kann kein europäischer Staat für sich allein Frieden, Sicherheit und öffentliches Wohl garantieren. Vielmehr ist unsere Selbstbehauptung gegen die Fährnisse der Weltwirtschaft und der Weltpolitik in einem noch wachsenden Maße Sache der Europäischen Union geworden.

Roman Herzog hat einmal formuliert, die erfolgreichste politische Alternative nach dem Zweiten Weltkrieg sei (ich zitiere) „das gelungene Modell der Europäischen Union“ gewesen. Seine Vorstellung von der Rolle und der Verantwortung Deutschlands gegenüber Europa war das andere Hauptthema dieses Bundespräsidenten. „Nichts hindert Vaterländer daran, sich in einer Föderation zusammenzuschließen – und dennoch Vaterländer zu bleiben“, so hat er gesagt. Und noch einmal ähnlich: „Ich sage bewußt, der Nationalstaat ist dabei, sich zu verabschieden, nicht die Nation.“ (Ende des Zitats) Für mich selbst hat schon seit Beginn der 50er Jahre die europäische Integration als eine Aufgabe gegolten, der ich den gleichen hohen Rang beimesse wie der Bewahrung der eigenen nationalen Identität. Deshalb stimme ich Herzog bei.

Tatsächlich sind wir bis 1992, d.h. bis einschließlich der Maastrichter Regierungskonferenz und der Schaffung der gemeinsamen Euro-Währung, erstaunlich weit gekommen. Aber in den letzten zehn Jahren haben die wichtigsten Regierungen Europas nichts Wesentliches mehr gemeinsam zustande gebracht. Mit Recht hat Herzog gewarnt, „... das Projekt einer handlungsfähigen Europäischen Union“ könne auch scheitern. Und diese Gefahr ist heute tatsächlich nur allzu deutlich erkennbar: Der Irak-Krieg und die sehr kontroversen Positionen z.B. in London, Rom und Madrid einerseits, z.B. andererseits in Paris und Berlin, haben zehn Jahre des Redens über eine angeblich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik demaskiert als jahrelanges Geschwätz ohne realen Inhalt.

Schlimmer noch: Wenn sich die Regierungen nicht sehr bewußt mäßigen, dann können der amerikanische Machtanspruch und die sich widersprechenden Parteinahmen der europäischen Regierungen und Medien ungewollt zur schwerwiegenden Unterbrechung, ja sogar zur Beendigung des europäischen Integrationsprozesses führen. Keine Regierung in Europa darf vor der Möglichkeit einer solchen Katastrophe ihre Augen verschließen. Es ist deshalb an der Zeit, daß wir Europäer unsere Regierungen ermahnen, sich der Kardinaltugend der Mäßigung und der demokratischen Tugend des Kompromisses zu befleißigen.

Unsere in der Weltgeschichte einzigartige Union von bisher souveränen Nationalstaaten hat schon im Beginn der neunziger Jahre an ihren unzureichenden Institutionen und Verfahren gelitten. Diese hatten für 6 Staaten ausgereicht, jetzt aber waren es bereits 15, und demnächst sollen es sogar 25 Mitgliedsstaaten werden. Es herrscht jedoch eine verworrene Kompetenzlage, mit äußerst schwerfälligen Entscheidungsmodalitäten und mit faktischem Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedsstaates bei jedweder Entscheidung. Dazu kommt ein juristisch-technokratischer Normenwust von über 20 000 Vorschriften, der sich „acquis communautaire“ nennt, den aber keiner mehr überblicken kann. Dazu kommt das demokratische Defizit, das hohe Übergewicht der Exekutive.

Seit 1992 hat nationaler Eigensinn auf vielen Seiten die dringend nötige institutionelle Reform verhindert. Zwei große Regierungskonferenzen in Amsterdam und in Nizza sind de facto ohne Fortschritt abgelaufen. Statt dessen ist man Ende 2001 auf den Ausweg verfallen, nicht die Regierungen, sondern ein ad hoc neugeschaffener Konvent unter Vorsitz meines Freundes Giscard d'Estaing soll die institutionellen Reformen entwerfen. Hoffentlich kommt das Ergebnis des Konvents nicht zu spät – schließlich bedarf es ja doch noch der Ratifikation durch jeden einzelnen der Mitgliedsstaaten. Der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten wird zum Teil wohl zeitlich vor der Ratifikationsrunde erfolgen; und in der Zwischenzeit haben der Irak-Konflikt und der Hegemonie-Anspruch der USA den außenpolitischen Zusammenhalt der Europäischen Union ernsthaft in Gefahr gebracht.

Wir wissen aus der Erfahrung seit dem Schuman-Plan 1950: Die Schaffung einer Union der Nationalstaaten des ganzen alten Europa hat hohe Hürden zu überwinden. Nationale Eigenarten, Vorurteile, Prestigebedürfnisse und Eifersüchte richten immer wieder neue Hindernisse auf. Infolgedessen brauchen wir für den Prozeß einen sehr langen Atem. Heute ist es eine realistische Erwartung, wenn wir bis zur Vollendung der EU noch ein weiteres halbes Jahrhundert brauchen sollten – wenn wir denn den schweren heutigen Rückschlag überwinden können.

Auf jeden Fall wird aber richtig bleiben, was wir seit Adenauer, seit Brandt, Schmidt und Kohl wissen: Wir Deutschen sind wegen unserer

geopolitischen Lage in der Mitte und wegen unserer jüngeren Geschichte besonders gefährdet. Wir Deutschen brauchen deshalb die Europäische Union noch nötiger als die meisten unserer Nachbarn. Sofern aber das Jahr 2003 ein Scheitern des Konvents und eine Verwässerung der Union einleiten sollte, dann werden Zusammenarbeit und Einvernehmen mit Frankreich für uns Deutsche schlechthin unverzichtbar. Es handelt sich für uns um ein zentrales strategisches Prinzip. In dieser Erkenntnis habe ich mich mit manchen Führungspersonen der CSU immer in Übereinstimmung empfunden. Ohne eine funktionstüchtige, d.h. zuverlässige Entente mit Frankreich ist im 21. Jahrhundert wahrscheinlich auf kaum irgendeinem Feld der internationalen Politik oder der Weltwirtschaft eine erfolgreiche Vertretung vitaler deutscher Interessen möglich.

Auch in dem leider nicht mehr undenkbaren Fall einer anhaltenden Verwässerung der Europäischen Union bleibt Roman Herzogs Begründung für die Notwendigkeit der Union wichtig und richtig. Er hat 1995 vor dem Europäischen Parlament gesagt: „Das Gemisch neuer Sicherheitsrisiken ist instabil und daher möglicherweise viel gefährlicher (als der kalte Krieg gewesen ist): Bevölkerungsexplosion, Klimaveränderungen, Amutswanderungen, Atomschmuggel, Drogenhandel, Fundamentalismen jeder Couleur, Völkermorde, Zerfall staatlicher Ordnungen ... Gegen die um sich greifende Anarchie gibt es nur eine Strategie: soviel Integration wie nötig und möglich.“ (Ende des Zitats) Ich war und bleibe voll einverstanden – übrigens besonders auch mit dem Untertitel von Herzogs Buch: „Antwort auf globale Herausforderungen“.

Es kann aber so kommen, daß sich unter den Folgen des gegenwärtigen Irak-Krieges eine zusätzliche globale Herausforderung ergibt, nämlich eine neue, ganz allgemeine Feindseligkeit der 1200 Millionen Muslime auf der Welt gegenüber Amerika, vielleicht gegenüber den westlichen Kulturen schlechthin. Weder die unmittelbaren Opfer, welche der Krieg fordern wird, noch die weiteren politischen Folgen in Israel und Palästina, im Mittleren Osten, in Nordafrika und in Asien sind heute kalkulierbar. Es kann zu einer neuen Welle von transnationalem islamistischen Terrorismus kommen. Es kann dazu kommen, daß Samuel Huntingtons düstere Prognose von einem weltweiten „clash of civilizations“ sich verwirklicht.

Roman Herzog hat diese Gefahr schon vor Jahren gesehen. 1995 hat er in Islamabad, auf islamischem Boden, gesagt: „Ich teile nicht die Ansicht Samuel Huntingtons, daß der Zusammenstoß der Zivilisationen unausweichlich ist ... Nichts wäre verhängnisvoller ... Schon die Propagierung derartiger Ideen halte ich für ... vollkommen unangebracht.“ Nur Eiferer können diesem Diktum ihre Zustimmung verweigern. Aber es gibt Eiferer auf allen Seiten! Übrigens hat Herzog später noch hinzugefügt: „Man sollte als Europäer, der in ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, sich sehr zurückhalten mit Ratschlägen.“ Weiß Gott sollte man sich zurückhalten! Dies war eine vornehm verpackte, aber im Gehalt eindeutige Kritik an der an die Adresse Jiang Zemens gerichteten, anmaßenden Resolution des Bundestages zu Tibet, an jener

moralisch überheblichen Ermahnung, ein unerfreulicher Anflug von Arroganz. Dagegen sagte Roman Herzog mit voller Berechtigung: „Ich halte an der Universalität der allgemeinen Menschenrechtserklärung fest. Aber genauso wie wir in Europa Jahrhunderte gebraucht haben ..., können wir nicht verlangen, daß Indien oder Lateinamerika oder ... China in 30 Jahren die Entwicklung nachvollziehen, für die wir (selbst) 300 oder 400 Jahre gebraucht haben.“ Ich stimme voll zu. Und natürlich gilt das ebenso für alle Araber, für die Iraner und für alle Muslime in der Welt.

Mir geht es genauso wie Roman Herzog. Ich bin kein Gesinnungspazifist um jeden Preis, sondern ich würde im Notfall kämpfen wollen, um in Europa Demokratie, Grundrechte und überhaupt die Herrschaft des Rechtes zu verteidigen. Aber ich weiß, daß diese Grundwerte weder in der Thora noch im Evangelium noch im Koran vorkommen. Die abrahamischen Religionen kennen die Zehn Gebote; sie kennen alle drei die goldene Regel, den von Immanuel Kant so genannten Kategorischen Imperativ; sie kennen alle das Gebot, nicht zu töten. Sie alle kennen Gebote, nicht aber Rechte und Ansprüche!

Die Prinzipien der Grundrechte, des Rechtsstaates und der Demokratie sind erst spät auf dem Boden der europäischen Kultur gewachsen, vornehmlich in Nordamerika, in England, Frankreich, Holland – sehr spät auch in Deutschland. Herzog hatte doch recht: diese Errungenschaften der Aufklärung sind erst seit drei Jahrhunderten langsam und nur schrittweise in unser moralisches

Verantwortungsbewußtsein gedrungen. Noch zur Zeit von Thomas Jefferson war Sklaverei genauso selbstverständlich wie zwei Jahrtausende früher zur Zeit des Perikles. Wir Europäer haben keine Legitimation, die Prinzipien der Aufklärung mit Gewalt im Mittleren Osten auszubreiten. Wir brauchen im Augenblick unsere Werte nicht zu verteidigen, denn wir und sie sind nicht angegriffen.

Die Amerikaner haben desgleichen keine derartige Legitimation – wohl aber fühlen sie sich angegriffen und weiterhin bedroht! Um den seelischen Zustand der amerikanischen Nation nach dem 11. September 2001 nachzuempfinden, muß man sich einmal hypothetisch vorstellen, es hätte sich nicht um vier US-Flugzeuge gehandelt, sondern um solche der Lufthansa. Und nicht New York wäre das Angriffsziel gewesen, sondern der Reichstag und das Brandenburger Tor im Zentrum Berlins – mit dreitausend Toten! Wäre nicht in solchem Falle bei uns, in unserer öffentlichen Meinung eine Psychose ausgebrochen? Hätte in solchem Falle unsere Regierung kühl und vernünftig reagiert? Oder hätten wir in solchem Fall von unserer Regierung verlangt, mit aller Macht zu handeln?

Ich werfe diese hypothetische Frage auf, weil ich damit um Verständnis werben möchte für die Lage der amerikanischen Regierung – und um Mäßigung in der Kritik ihr gegenüber. Sie verfügt über eine beinahe unermessliche militärische Macht. Aber diese Macht hat sich im Kampf gegen den vielfältigen islamistischen Terrorismus als wenig brauchbar erwiesen. Also ist sie statt dessen

auf den Kampf gegen die „axis of evil“ und auf den Krieg gegen den Irak ausgewichen.

Man darf ihr aber als Mitglied der UN oder als Partner oder als Freund vortragen, daß es nicht überzeugen kann, wenn Washington sich einerseits wochenlang darum bemüht, im Sicherheitsrat der UN und im Nordatlantik-Rat Unterstützung für ihre Kriegsabsicht zu gewinnen, zugleich aber andererseits uns zu verstehen gibt, man werde Saddam jedenfalls und auch ohne UN-Beschluß mit militärischer Gewalt angreifen, um ihn zu depossedieren und um sodann im Mittleren Osten Demokratie einzuführen. Man darf unseren amerikanischen Freunden auch in aller Ruhe vortragen, wieso nach dem Holocaust, nach Stalingrad und Dresden wir Deutsche heute einen ausgeprägten Horror haben vor Gewalt und Krieg.

Wir haben zur Zeit der Münchner Olympiade 1972 und abermals in den Jahren danach mörderischen islamistischen Terrorismus im eigenen Land und gegen deutsche Bürger im eigenen Flugzeug erlebt – und natürlich haben wir als Angegriffene dagegen auch Gewalt anwenden müssen. Aber wir haben damals versucht, jeder eigenen Verleitung zur Hysterie oder zur Arroganz der Macht standzuhalten. Wir haben damals das Recht nicht verletzt. Und wir haben bei der Abwehr des Mordversuchs an 90 nach Ostafrika entführten Flugzeugpassagieren das große Glück gehabt, nicht gezwungen gewesen zu sein, etwa das Völkerrecht zu verletzen.

Ich erwähne dies nicht aus selbstgefälliger Besserwisserei, sondern weil ich überzeugt bin, daß wir Europäer uns nicht zu Instrumenten amerikanischer hegemonialer Macht machen lassen dürfen. Die Europäer müssen versuchen, im Sinne ihrer Sicht und ihrer Interessen Einfluß zu nehmen. Solange aber die supermächtigen USA darauf beharren sollten, unilateral, d.h. allein zu entscheiden und unilateral militärisch zu handeln, so müssen wir das in gelassener Würde ertragen.

Ich stimme ganz und gar Herzog zu, der 1995 gesagt hat: „Es geht nicht um Kampf, um Vorrang der Kulturen in der Welt. Es geht vielmehr um das weiche Sowohl-als-auch der Kulturen und Gesellschaftsmodelle. Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Zivilisation des friedlichen Miteinanders.“ Dies war ja Herzogs drittes Hauptthema.

Roman Herzog ist eben zugleich ein Mann des Rechtes und ein Mann der Toleranz. Wenn der Nazi-Vordenker Carl Schmitt das „Freund-Feind-Prinzip“ als die Essenz der Politik definiert hat, so verkörpert der Staatsmann Herzog das genaue Gegenteil! Er hat dadurch vielen Bürgern, so auch mir, Orientierung und Führung gegeben. Als Bundespräsident hat er sein Amt tadellos ausgeübt. Die Hanns-Seidel-Stiftung tut recht daran, ihn zu ehren.

Verehrter, lieber Herr Herzog, ich verbeuge mich vor Ihrer Leistung!